

28. Sitzung

am Dienstag, dem 23. Oktober 2001

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1286
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1286

Fragestunde

1. Sitzmöglichkeiten vor dem Übersee-Museum Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. September 2001	1286
2. Lärmschutzmaßnahmen in Utbremen/Walle/Osterfeuerberg Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Oktober 2001	1287
3. Ausbau des Weserstadions Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Oktober 2001	1288
4. Grundstücksverkäufe in der „Überseestadt“ Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Oktober 2001	1289
5. Fahrradabstellplatz am Schulzentrum Im Ellener Feld Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 15. Oktober 2001	1290
6. Projekt „Bremer Boje“ Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 16. Oktober 2001	1291
Aktuelle Stunde	1292

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001

(Drucksache 15/371 S) 1292

Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KV Bremen) auf den Landeseigenbetrieb GeoInformation Bremen (GeoBremen)

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001

(Drucksache 15/365 S) 1293

Ortsgesetz zur Umstellung von Ortsrecht auf den Euro

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001

(Drucksache 15/370 S) 1293

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Mai 2000

(Drucksache 15/137 S)

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001

(Drucksache 15/372 S)

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Oktober 2001

(Drucksache 15/376 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1293

Abg. Frau Kummer (SPD) 1295

Abg. Pflugradt (CDU) 1297

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1298

Senatorin Wischer 1299

Abstimmung 1300

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 34 vom 16. Oktober 2001

(Drucksache 15/373 S) 1301

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Kurpiers, Frau Lemke-Schulte, Frau Mull, Nalazek, Frau Wangenheim, Frau Ziegert.

Präsident Weber
Vizepräsident Ravens **Schriftführerin Arnold-Cramer**

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 28. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppe sollte anwesend sein: Senioren vom Kundenservice Telekom. Wir begrüßen sie gleich noch einmal.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Oktober 2001, Drucksache 15/376 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt zu verbinden mit dem Tagesordnungspunkt sieben, Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Förderung und Integration von Kindern mit Behinderungen in der Schule
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2001
(Drucksache 15/375 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Plätze und Freiräume in den Stadtteilen in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2001
2. Sicherheit der Fußgänger in der Innenstadt und den Nebenzentren, insbesondere in den ausgewiesenen Fußgängerzonen - Fahrradfahrer mit rechtswidrigem Verkehrsverhalten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Oktober 2001

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar erstens zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes vier, Bürgerzentrum Pelzerstraße und lokale Dienstleistungszentren, und zweitens zur Verbindung der Tagesordnungspunkte sieben und acht, nämlich Wettbewerb in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ganz herzlich dem Abgeordneten Frank Imhoff zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, im Namen der Abgeordneten!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Sitzmöglichkeiten vor dem Übersee-Museum**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schwarz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit, auf dem Vorplatz des Übersee-Museums Sitzmöglichkeiten insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, Sitzmöglichkeiten auf dem Platz unmittelbar vor dem Übersee-Museum aufzustellen. Dies ist jedoch vorab insbesondere mit den ortsansässigen Gastronomiebetrieben abzustimmen. Da die Nutzung von Sitzgelegenheiten nicht allein auf die Gruppe älterer Menschen beschränkt werden kann und Bänke an zentralen städtischen Orten erfahrungsgemäß auch soziale Randgruppen anziehen, können Konflikte im näheren Einzugsbereich nicht ausgeschlossen werden. Eine Möblierung sollte deshalb nur versuchsweise und zunächst begrenzt auf die Dauer eines Jahres erfolgen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Es liegen keine Zusatzfragen vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Lärmschutzmaßnahmen in Utbremen/Walle/Osterfeuerberg**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Liegen dem Senat Erkenntnisse über die Höhe und den Umfang der Lärmbelastung durch den DB-Schieneverkehr im Bereich Utbremen/Walle/Osterfeuerberg vor?

Zweitens: Welche Maßnahmen hat der Senat bislang ergriffen, um einen verbesserten Lärmschutz zu realisieren?

Drittens: Gibt es derzeit konkrete Überlegungen, den Lärmschutz für die Anwohner zu verbessern, und wenn ja, welche, und bis wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat liegen insoweit Erkenntnisse vor, als die der Eisenbahnstrecke dort benachbarte Wohnbebauung erhöhten Lärmbelastungen durch die Deutsche Bahn ausgesetzt ist. An der besagten Bahnstrecke ist erfahrungsgemäß in 25 Meter Abstand tags wie nachts mit einem Beurteilungspegel von etwa 70 Dezibel zu rechnen. Dabei können insbesondere von Güterzügen Spitzenwerte von mehr als 90 Dezibel erreicht werden. Die Lärmwerte nehmen mit einer Vergrößerung des Abstandes und gegebenenfalls aufgrund vorhandener Abschirmungen durch Gebäude und Ähnlichem ab. Insgesamt ist die Belastung dort als relativ hoch einzustufen.

Zu Frage zwei: Emittent ist die Deutsche Bahn und damit verantwortlich für die von ihren Anlagen ausgehenden Belastungen. In Kenntnis der Rechtslage sieht sich der Senat bei Vorliegen von Beschwerden dazu verpflichtet, die Deutsche Bahn darüber zu informieren. Allerdings sind dem Senat in den letzten Jahren aus diesem Bereich kaum Beschwerden bekannt geworden.

Zu Frage drei: Die Situation für die dortigen Anwohner ist in erster Linie dadurch zu verbessern, dass die Deutsche Bahn im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme Lärmschutzwände errichtet. Die Sanierung bei bestehenden Strecken erfolgt bei der geltenden Rechtslage allein auf freiwilliger Basis. Die Bahn beharrt auf ihrer generellen Rechtsposition und lässt solche Maßnahmen bundesweit nur nach Maßgabe der vom Bund zur Verfügung zu stellenden Haushaltsmittel und vorgegebener Kriterien erfolgen. Diese fußen auf einem Kosten-Nutzen-Kriterienkatalog insbesondere hinsichtlich Belastungsgrad und Anzahl betroffener Belasteter.

Für das Gebiet Bremen ist bisher in die erste Liste für vordringlichste Fälle der stärker frequentierte südliche Einfahrtsbereich zum Hauptbahnhof Bremen aus Richtung Hannover und Osnabrück aufgenommen worden. Nach einer jüngsten Mitteilung der Deutschen Bahn ist zudem der Abschnitt Achterdiek der Strecke Bremen-Hamburg in der Vorschlagsliste zur zweiten Fortschreibung der Härtefälle für das Jahr 2002 enthalten. Der Senat geht davon aus, dass bei Anwendung gleicher Kriterien der jetzt in Frage stehende Streckenabschnitt spätestens in die dritte Fortschreibung der Maßnahmenliste aufgenommen wird. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass teilweise ganze Häuser wackeln, wenn die Güterzüge Richtung Bremen-Nord fahren, und ist Ihnen bekannt, dass sich eine Bürgerinitiative gegründet hat, die sich des Themas Lärmschutzmaßnahmen in diesem Bereich annimmt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, das war mir nicht bekannt. Ich nehme es jetzt zur Kenntnis.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben gesagt, wenn Bürger sich aufgrund der hohen Lärmbelastung an den Senat wenden, dass der Senat tätig wird. Unterstützt der Senat dann die Wünsche oder die Anregungen der Bürger im Gespräch mit der Deutschen Bahn? Könnten Sie das noch einmal konkretisieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wir haben natürlich ein hohes Interesse an dem Wohlbefinden der Bremerinnen und Bremer, die an diesen Strecken wohnen und leben. Deswegen werden wir natürlich, wenn sich solche Initiativen über Streckenabschnitte äußern, dies auch weitergeben und beim Bund die Wünsche Bremens äußern.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Ausbau des Weserstadions**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Aussage des FIFA-Präsidenten, Herrn Blatter, dass auch Fußballstadien mit weniger als 40.000 Plätzen Chancen haben, Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft 2006 zu werden?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, auf den 30 Millionen DM teuren Ausbau des Weserstadions zu verzichten, und wenn nein, warum nicht?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Das offizielle Pflichtenheft der FIFA und auch das des DFB sehen nach wie vor eine Kapazität von 40.000 Zuschauerplätzen sowie zirka 3000 Plätzen für Medienvertreter vor. Unabhängig von in der Presse veröffentlichten Aussagen des FIFA-Präsidenten ist das Pflichtenheft Grundlage für die Auswahl der Austragungsorte der WM 2006 in Deutschland.

Zu zwei: Der Senatsbeschluss zur Kapazitätserweiterung des Weserstadions zielt nicht ausschließlich auf die Erlangung der WM-Tauglichkeit, sondern vielmehr auf eine langfristige und nachhaltige Verbesserung der Stadion-Infrastruktur und die Schaffung einer im nationalen Maßstab konkurrenzfähigen Spielstätte. Der Senat beabsichtigt deshalb nicht, auf den Ausbau des Weserstadions zu verzichten.

Im Übrigen hat sich Bremen im Mai 1999 gegenüber dem Deutschen Fußball-Bund zu einer Ausweitung des Fassungsvermögens entsprechend der Anforderungen des FIFA-Pflichtenheftes verpflichtet. Ein Verzicht auf die Kapazitätserweiterung hätte entsprechend der Regularien des Pflichtenheftes der FIFA eine Nichtberücksichtigung Bremens im Auswahlverfahren der Austragungsorte für die WM 2006 zur Folge.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, dann sind Sie also nicht der Auffassung, auch wenn der FIFA-Präsident selbst Abstand nimmt von den ursprünglichen Ausbauplänen, indem er zum Beispiel der Bayer-Arena Hoffnung macht, mit ihrem kleinen Stadion auch ohne einen weiteren Ausbau deswegen keine Nachteile zu haben, dass man im Verhältnis zu diesem doch recht teuren Ausbau diese Aussagen des FIFA-Präsidenten noch einmal neu überdenken müsste, um hier 30 Millionen DM - das ist immerhin eine bedeutende Summe - einzusparen und dass man auch ohne diesen Ausbau Chancen hätte, Austragungsort für die WM zu werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Zu Ihrer Frage ist zweierlei zu sagen: Erstens ist die Aussage des FIFA-Präsidenten in der Presse relativiert worden. Zweitens steht dahinter möglicherweise ein Engagement Leverkusens für diese WM und auch der hochmoderne Ausbau des Stadions, der dort vorzufinden ist. Das zitierte Pflichtenheft ist nach wie vor Grundlage für die Entscheidung, ein Spiel hierher zu bekommen.

Das zweite Argument ist, dass wir hier nicht nur für diese Weltmeisterschaft ein Stadion erweitern, sondern dass es uns darum geht, eine zukunftsfähige Mehrzweckhalle zu haben und damit auch einem Imageverlust Bremens vorzubeugen. Wenn wir das Stadion nicht erweitern, dann liegen wir in der Wettbewerbssituation mit anderen entsprechenden Städten ganz unten, wenn nicht darunter. Wenn wir den fiskalischen Effekt haben wollen, der damit verbunden ist, das haben wir den Ausschüssen ja auch in den Vorlagen mitgeteilt, dann sind wir hier gefordert, das Stadion zu erweitern, insbesondere auch als Mehrzweckhalle für mehrere Veranstaltungen und nicht nur für die WM.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich interpretiere Ihre Aussage jetzt so, dass Sie nicht ausdrücklich darauf setzen, dass der SV Werder Bremen zukünftig 10.000 Zuschauer mehr in dieses Stadion bringen wird, sondern dass Sie davon ausgehen, dass dieses Stadion in Zukunft im Wesentlichen auch für andere Veranstaltungen als für Fußball ausgebaut wird.

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Im Wesentlichen bleibt es sicherlich ein Stadion des SV Werder. Wenn dort andere Veranstaltungen stattfinden können, die für Bremen interessant sind, dann werden wir diese Chance mit Sicherheit nutzen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über **Grundstücksverkäufe in der „Überseestadt“**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Sind dem Senat Interessen einer neuen Bietergemeinschaft oder Projektgruppe bekannt, Flächen in der „Überseestadt“ im Bereich „Überseepark“ - ehemals Teilfläche zwölf - zu erwerben oder zu beplanen, und wenn ja, wie bewertet er diese Interessen?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, zu einem früheren als im Entwicklungskonzept für die alten Hafenreviere vorgesehenen Zeitpunkt - für den Bereich „Überseepark“ ab 2011 - Grundstücksverkäufe zu tätigen, und wenn ja, mit welcher Begründung?

Drittens: Welche Quadratmeterpreise werden derzeit für dieses Gebiet sowie in den angrenzenden Gebieten - Holz- und Fabrikenhafen, Überseedorf - zugrunde gelegt beziehungsweise erzielt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat sind Interessen einer Projektgruppe bekannt, Flächen in der „Überseestadt“ im Bereich des „Überseeparks“ - ehemals Teilfläche zwölf - zu beplanen. Diese Interessen können noch nicht bewertet werden, weil noch kein inhaltliches Konzept der Gruppe vorliegt.

Zu Frage zwei: Grundsätzlich hält sich Bremen die Möglichkeit offen, Grundstücksvergaben im Bereich des „Überseeparks“ auch vor dem Jahr 2011 vorzunehmen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Vorlage eines attraktiven Konzeptes, das den Rahmenbedingungen des Gebietes genügt.

Zu Frage drei: Die Quadratmeterpreise für den „Überseepark“ stehen noch nicht fest. Für die angrenzenden Gebiete werden die Preise zurzeit von der KV Bremen ermittelt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, über die Beplanung und Bebauung der Hafenreviere hat es vor allen Dingen in der letzten Legislaturperiode große und auch kontroverse Diskussionen gegeben. Es gab dort vor allen Dingen den Gegensatz des Schutzes der bestehenden Unternehmen gegenüber eher städtebaulich orientierten Konzepten - sprich neue Dienstleistungen, Wohngebiet, Tourismus - gerade auch auf der für eine städtebauliche Weiterentwicklung wichtigen Fläche zwölf.

Sind Sie mit mir der Meinung, dass es nötig ist, bevor neue Tatsachen geschaffen werden, öffentlich zu debattieren und zu einem Gesamtkonzept zu kommen, bevor man dort einzelne Stücke aus diesem Gesamtgebiet herausnimmt, um sie an einzelne Interessenten oder Bieter zu veräußern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir der Öffentlichkeit dann, wenn ein Konzept vorliegt, dies vorstellen müssen. Ich bin aber auch der Meinung und gehe sicherlich auch mit Ihnen konform, dass ein Konzept eine breite Zustimmung hier in Bremen braucht.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine weitere Zusatzfrage. Frau Staatsrätin, wir haben gerade den Gesamtkomplex der Hafengebiete gestreift, und ich würde Sie gern fragen, ob Sie mir heute bezüglich der Errichtung des Großmarkts die Frage beantworten können, wer den Auftrag des Senats bekommt, diesen Großmarkt zu errichten!

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Das ist ja nun eine Frage, die weit über die Frage für die Fragestunde hinausgeht und bei der eigentlich schwer eine Verbindung herzustellen ist. Wir werden darüber in den Ausschüssen berichten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Fahrradabstellplatz am Schulzentrum Im Ellener Feld**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit gab es in den letzten Jahren am Schulzentrum Im Ellener Feld Probleme mit abgestellten Fahrrädern auf dem schuleigenen Fahrradabstellplatz?

Wie beurteilt der Senat die Absicht der Leitung des Schulzentrums Im Ellener Feld, den schuleigenen Fahrradabstellplatz durch Videoüberwachung zu sichern?

Welche weiteren Mittel kann der Senat aufzeigen, die in gleicher Art und Weise geeignet sind, den Fahrradabstellplatz zu sichern und mutwillige Beschädigung sowie Diebstahl einzudämmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Es hat in den vergangenen Jahren wiederholt und in wechselnder Häufigkeit und Intensität Fälle von Fahrraddiebstahl und -beschädigungen im Bereich der Fahrradstände am Schulzentrum Im Ellener Feld jeweils während des Unterrichtsbetriebs gegeben. Die Leitung des Schulzentrums hat sich bereits im März 2000 mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ins Benehmen gesetzt, um die rechtlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung des betroffenen Bereichs des Schulgeländes zu klären.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat nach der damaligen Datenschutzrechtslage keine Möglichkeit für die Realisierung des Vorhabens gesehen, er hat aber gleichzeitig auf die Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes aufmerksam gemacht. Der Datenschutzausschuss der Bürgerschaft hat am 13. Juni 2001 in gleicher Weise Stellung bezogen.

Gegenwärtig prüft der Senator für Bildung und Wissenschaft, ob die mit dem Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes vom 4. September 2001 vorliegende Fassung des Paragraphen 29 des Polizeigesetzes und die aktuell geplanten weiteren Änderungen es erlauben, eine Videoüberwachung von Fahrradstellplätzen auf Schulgeländen durchzuführen.

Folgende in der jüngsten Vergangenheit am Schulzentrum Im Ellener Feld bereits vorübergehend und im Wechsel ergriffene weitere Maßnahmen zur Sicherung von Schülerfahrrädern kann der Senat aufzeigen: erhöhte Streifenhäufigkeit der Schutzpolizei, indirekte Beobachtung der Fahrradständer durch Beamte der Schutzpolizei, erhöhte Präsenz des zuständigen Kontaktpolizisten, stichprobenartige Gesamtinspektion des Schulgeländes durch die Schutzpolizei, verstärkte Beobachtung des Bereichs durch die Pausenaufsicht der Schule. Im vergangenen halben Jahr waren nur noch sehr vereinzelt Beschädigungen

oder Diebstähle von Fahrrädern am Schulzentrum Im Ellener Feld zu verzeichnen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Senator, zeichnet sich denn ab, dass Rechtsprüfungen möglicherweise irgendwann beendet werden können, damit die für mich unverhältnismäßig große Beschäftigung von Polizeibeamten auf dem Gelände beendet werden kann und weil ich glaube, dass eine solche Videoüberwachung auch effizienter ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ja, ich teile Ihre Auffassung. Es zeichnet sich auch ab, ich habe gerade heute Morgen noch mit dem Innensenator darüber gesprochen, dass wir das unbedingt gemeinsam umsetzen, weil ich Ihre Auffassung auch teile, dass es sinnvoller ist, dort eine Videoüberwachung zu installieren. Das ist auch viel kostengünstiger. Wenn sich das herumspricht, dass dort entsprechend geprüft wird, glaube ich, dass sich das weiter entspannen wird.

Ich muss übrigens noch einmal darauf hinweisen, dass die Situation sich momentan, also seit etwa sechs Monaten, de facto entspannt hat. Ich habe auch diesbezügliche Signale der Schulleitung bekommen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, darf ich jetzt die Besuchergruppe, die gerade eingetroffen ist, ganz herzlich begrüßen, nämlich die Senioren vom Kundenservice Telekom. Seien Sie herzlich willkommen im Hause der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Die sechste und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Projekt „Bremer Boje“**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beschreibt der Senat die Aufgaben des Projekts „Bremer Boje“, und wie wertet er die bisher im Rahmen des Projekts geleistete Arbeit?

Mit welchen finanziellen und personellen Mitteln ist das Projekt bisher ausgestattet?

Welche Perspektiven sieht der Senat für die Fortführung des Projekts?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wir folgt:

Das Projekt „Bremer Boje“ wurde im Jahr 1998 als Beratungsstelle für Gewaltprävention in Trägerschaft des DRK-Kreisverbandes Bremen eingerichtet. Das Projekt wurde in enger Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe des Amtes für Soziale Dienste und dem „Zentrum für Schule und Beruf“ an der Allgemeinen Berufsschule Steffensweg betrieben. Die Beratungsstelle war im Jugendfreizeithaus Walle angesiedelt. Im Sommer 2001 wurde das Projekt wieder eingestellt.

Der Arbeitsschwerpunkt des Projektes lag insbesondere in der Beratung aller Beteiligten im Zusammenhang mit der so genannten Abzieherkriminalität. Räumlicher Schwerpunkt war dabei der Stadtteil Walle. Neben der präventiven Arbeit mit Multiplikatoren hat das Projekt Hilfen für Opfer und jugendliche Täter vermittelt, die Betreuung jugendlicher Straftäter im Rahmen eines Strafverfahrens gesichert und die lokale Vernetzung der mit der Problemlage befassten Vereine, Einrichtungen und Dienststellen im Stadtteil organisiert. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bewertet den Arbeitsansatz grundsätzlich positiv, weil er lebenslagenorientiert und präventiv ausgerichtet ist.

Das Projekt wurde vom Amt für Soziale Dienste im Jahr 2001 mit Zuwendungsmitteln in Höhe von 28.000 DM aus Mitteln der aufsuchenden Cliquenarbeit gefördert. Der Träger hat das Projekt nur noch bis Juli 2001 betrieben, weil die Ressourcenausstattung für eine aus seiner Sicht notwendige Kontinuität des Angebots - wechselnde Honorarkräfte - nicht ausreichte.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales prüft zurzeit, ob eine Weiterführung des Projektansatzes mit verbesserter Ressourcenausstattung möglich und geboten ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, in Ihrer Beschreibung oder Begründung dieses Projekts, finde ich, haben Sie so deutlich darauf

hingewiesen, dass dieses Projekt notwendig ist. Teilen Sie meine Meinung, dass allein diese Antwort des Senats in die Richtung spricht, dass man dieses Projekt nun in einer anderen Weise wieder neu aufleben lassen sollte, um den Kindern, die von dieser Abzieherei betroffen sind, auch die nötige Beratung und den Schutz zu gewähren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir haben das Projekt ja gefördert, weil wir es für sinnvoll halten. Der Träger hat entschieden, das mit der Fördersumme so nicht weiterführen zu wollen. Wir müssen sehen, ob wir da nachbessern können, aber das ist in einem laufenden Haushaltsjahr natürlich schwierig, in dem Mittel auch vergeben sind. Wir werden das aber sicherlich auch noch in der Deputation erörtern.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Darf ich das so verstehen, dass Sie in kurzer Zeit eine Deputationsvorlage vorbereiten werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir bemühen uns!

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie sagten, es gehe um eine verbesserte Ressourcenausstattung. In welcher Größenordnung? Welche Ansätze dienen da als Grundlage?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wenn ich die Zahlen richtig weiß, werden von Seiten des Trägers mindestens 40.000 DM gefordert. Wir haben im Moment 28.000 DM in diesem Projekt gehabt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Bis wann rechnen Sie mit einer Entscheidung Ihres Ressorts?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir müssen das prüfen, und wir müssen sehen, wie wir innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel dieses Projekt dann so ausstatten können, wie der Träger es für notwen-

dig hält. Wir waren davon ausgegangen, dass die vereinbarte Summe, die war ja auch mit dem Träger besprochen, dafür ausreichen würde. Das ist jetzt für uns eine neue Situation.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sprachen davon, dass mit der Summe von 28.000 DM Honorarkräfte beschäftigt wurden. Wie viele waren das, oder war das nur eine Person, die dort beschäftigt wurde?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Es ist so, dass in dem Cliquenprojekt Personen nicht mit voller Stundenzahl beschäftigt sind und dass diese dann diese Ressource genutzt haben, um ihre Stunden aufzustocken und mit einem Teil ihrer gesamten Arbeitskraft dieses Projekt durchzuführen. Das ist so aber wohl im Moment nicht mehr möglich, und man müsste jemanden finden, der das lediglich für Honorarmittel in Höhe von 28.000 DM macht, und da findet man wohl niemanden. Das ist das zugrunde liegende Problem.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt-eigenen Friedhöfe in Bremen Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001 (Drucksache 15/371 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt-eigenen Friedhöfe in Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebs Kataster und Vermessung Bremen (KV Bremen) auf den Landeseigenbetrieb GeoInformation Bremen (GeoBremen)

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001 (Drucksache 15/365 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, hier ist eine Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Umstellung von Ortsrecht auf den Euro

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001 (Drucksache 15/370 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist eine Überweisung zur Beratung und Berichterstattung ebenfalls an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Meine Damen und Herren, wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist diesen Antrag an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Mai 2000 (Drucksache 15/137 S)

Wir verbinden hiermit:

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001 (Drucksache 15/372 S)

und

Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Oktober 2001 (Drucksache 15/376 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in Bremen“ vom 8. Mai 2000 ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 14. Sitzung am 9. Mai 2000 an die städtische Deputation für Bau überwiesen worden. Die städtische Deputation für Bau legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/372 S ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mehr Wettbewerbe für Bremen forderten die Grünen in einem Antrag vergangenes Jahr. Die Bürgerschaft hat diesen Antrag in die Baudeputation überwiesen, und die Baudeputation wiederum hat, weil sie dieses Thema sehr wichtig fand, es dazu genutzt, ein Hearing hier in der Bürgerschaft zu veranstalten, was wiederum dazu führte, dass uns die Bau-senatorin die Auswertung des Hearings in ihrer Mitteilung an den Senat vorlegte.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Bestandteil der Auswertung war der Beschlussvorschlag, und in diesem Beschlussvorschlag werden Wettbewerbe als erforderliches Mittel und Instrument zur Förderung von Städtebau und Stadtbildgestaltung dargestellt. Die Stadtbürgerschaft sollte den Senat auffordern, sich nachdrücklich für die Förderung und Durchführung von Wettbewerben in Bremen einzusetzen und die Durchführung von Architekturwettbewerben in Grundstücksverträgen verbindlich zu regeln. Dies sollte zum Beispiel auch für städtische Gesellschaften wie die BIG gelten.

Diese beiden letzten Punkte, nämlich die Verbindlichkeit, das Instrument, wie man wirklich dazu kommt, mehr Architektenwettbewerbe in dieser Stadt zu veranstalten, gingen nun leider der CDU viel zu weit. Sie wollte den Beschlussvorschlag, den wir Grünen ausdrücklich begrüßten, bis auf unverbindliche Punkte eindampfen.

Wir fanden das sehr schade, und noch mehr habe ich es bedauert, dass der baupolitische Sprecher, mein Kollege Carsten Sieling, keinen Ärger mit seinem Kollegen Helmut Pflugradt wollte und sich entgegen seiner eigenen Überzeugung diesem eingedampften Vorschlag unterwarf.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, hier haben Sie von der SPD eine große Chance verpasst, für Bremen zu neuen und wirklich für Bremen positiven Regelungen zu kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Beschlussvorschlag, der uns heute vorliegt, ist im Grunde genommen nichts weiter als das, was es bisher in Bremen schon gegeben hat. Allgemein wird gelobt, wie wichtig Wettbewerbe für das Stadtbild sind, für die Qualität der Architektur, aber all dies nützt nichts oder sind nur leere Worthülsen, wenn man an den Knackpunkten genau kneift, wo es wirklich eng wird, wo Nägel mit Köpfen gemacht werden, wo es um wichtige städtebauliche Grundstücke geht, wo es darum geht, wer eigentlich bestimmt, wie das, was dort gebaut werden soll, aussehen soll. Es ist kein Wunder, dass hier die CDU sagt, das tut uns alles viel zu weh, das verprellt die Investoren. Ich glaube, dass hier ein ganz großer Denkfehler gemacht wird.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann wird es auch mit der großen Koalition zukünftig in Bremen wenig neue, spannende und moderne Architektur geben. Gerade das war der Sinn unseres Antrags, meine Damen und Herren, dass es hier

einen neuen Weg, einen neuen Schub für spannende Architektur in Bremen gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade die Diskussion über eine Bebauung auf dem Teerhof und die Debatte, wie soll da gebaut werden, wie soll es aussehen, soll es Glas sein, soll es anders gebaut werden, soll es Ziegelstein sein so wie der Rest auf dem Teerhof, gerade die Debatte in der Öffentlichkeit zeigt doch, dass die Menschen ein Interesse daran haben, wie ihre Stadt aussieht. Ich glaube, dass Architekturwettbewerbe gerade dadurch, dass die Besten in einem Ideenwettbewerb für ein gutes Ergebnis für die Stadt stehen, eine Chance für die Stadt, für den Standortfaktor, aber auch für die Menschen sind, um sich mit Gebäuden in ihrer Stadt zu identifizieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nehmen Sie doch nur einmal das Beispiel Berlin! Nehmen wir die Kuppel des Reichstages! Kilometerlange Schlangen stehen an, um sich diese Kuppel anzuschauen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Die Grünen wollten die Kuppel nicht!)

Nehmen Sie das Jüdische Museum von Libeskind in Berlin! Dies sind herausragende Gebäude in Berlin, die nicht nur für die Berliner ein Anziehungspunkt sind, sondern auch für die unzähligen Touristinnen und Touristen, und ich glaube, Bremen kann viel an Attraktivität gewinnen, wenn auch wir hier mehr Mut haben, Architekten zu einem Wettbewerb einzuladen. Dies fordern wir auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Gegenargumente, die kommen, sind bekannt. Das Hearing hat deutlich gemacht, dass es eine große Kluft zwischen den Architekten einerseits und den Investoren andererseits gibt. Die Investoren haben vor allen Dingen die Sorge, dass, wenn sie bei einem Kauf eines Grundstückes in Bremen beispielsweise gezwungen werden, einen Wettbewerb durchzuführen, dies zu unerträglichen Baukostensteigerungen führen könnte und dass sie sozusagen nicht mehr das Heft des Handelns in der Hand haben.

Die Architekten argumentieren dagegen, dass gerade prämierte Entwürfe sich auch durch günstige Baukosten auszeichnen und dass dieses Modell, ein Gebäude aus einem Wettbewerb hervorgehen zu lassen, ein Win-win-Modell ist. Es hat nicht nur der Architekt etwas davon, die Stadt hat etwas davon, und auch ein Investor hat doch etwas da-

von, wenn er sagt, mein Gebäude, das ich hier errichten will, ist der erste Platz eines ausgelobten Wettbewerbs. Ich glaube, dass die Investoren hier in Bremen zukünftig mehr Mut haben sollten, sich auf Wettbewerbe einzulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb, weil es nicht nur darum geht, wohlklingende Worte zu sagen, sondern weil es um eine spannende Stadtentwicklung, um eine hohe Baukultur in Bremen geht, braucht man eben mehr, als nur zu sagen, wir finden Wettbewerbe ganz toll, und der Senat setzt sich dafür ein, sondern es braucht eben verbindliche Instrumente. Diese Instrumente sind die entscheidenden Punkte, die nun leider die Koalition aus dem Beschlussvorschlag wieder herausgenommen hat. Dieses Instrument ist, dass man bei Grundstücksverkäufen festlegt, dass der Investor einen Wettbewerb macht.

Wir können hier in der Stadt an verschiedenen Stellen sehen, wo es günstig gewesen wäre, einen Wettbewerb auszuschreiben. Ich nenne nur das Gebäude der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, das augenblicklich am Kennedyplatz gebaut wird. Dieses Gebäude ist eben nicht durch einen Wettbewerb entstanden, und das, was dort jetzt gebaut wird, entwertet eine herausragende Architektur, nämlich das alte amerikanische Konsulatsgebäude, das in seiner Architektur durch das dahinterliegende Gebäude entwertet wird. Dies kann man vermeiden, indem man Architekten zu einem Wettbewerb auffordert.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es Aufgabe der Bausenatorin ist, für eine hohe Qualität der Architektur in der Stadt zu sorgen. Dies darf nicht allein in die Hände von Investoren gelegt werden. In Bremen geht man aber leider, und das zeigt eben auch der heutige Beschlussvorschlag, den nicht mutigen Weg, nicht den Weg, Investoren von dem Wert von Wettbewerben zu überzeugen, sondern einfach zu sagen, gute Worte sind genug, letztendlich entscheiden hier die Investoren, was gebaut wird. Ich glaube, dass dies Bremen langfristig nicht gut tun wird, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort an die SPD richten! Kollege Sieling, ich weiß, Sie haben selbst andere Vorstellungen von mehr Wettbewerben in dieser Stadt. Zeigen Sie doch heute, dass Sie Ihre eigenen Vorstellungen ernst nehmen, dass Sie zu den Punkten, die Sie nun in der Baudeputation wegen des Kollegen Pflugrad

nicht eingefordert haben, heute sagen, es ist richtig, Wettbewerbe sorgen für erhöhte Stadtbauqualität, und stimmen Sie als SPD unserem Antrag zu! - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Frau Krusche immer Herrn Sieling angesprochen hat, habe ich ein Problem, dass ich jetzt hier rede. Ich hoffe, Sie geben sich damit zufrieden, dass ich zu dem Thema spreche. Eigentlich müssten Sie nicht nur die SPD ansprechen, sondern auch die CDU.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Erwartungen sind sehr niedrig, Frau Kollegin!)

Deswegen verstehe ich nicht so ganz, warum wir daran schuld sind, wenn die CDU etwas anderes will.

(Beifall bei der SPD)

Vor fast eineinhalb Jahren haben wir hier schon einmal darüber anlässlich einer Anfrage von Ihnen gesprochen. Der entsprechende Bericht aufgrund der Überweisung dieses Antrags an die Baudeputation liegt Ihnen hier vor. An der Stelle möchte ich mich auch einmal ausdrücklich bei den Bediensteten im Bauressort für diesen ausführlichen und guten Bericht bedanken, insbesondere auch für das sehr informative und spannende Hearing, das anlässlich dieser Fragen organisiert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Ergebnisse dieses Hearings sind auch in den Bericht eingeflossen. Die vertiefende Diskussion hat einmal mehr die Bedeutung von Baukultur allgemein und Architektenwettbewerben besonders für die Gestaltung unserer Stadt und damit auch als Standortfaktor deutlich gemacht. Vom Grundsatz her könnte ich also meinen Debattenbeitrag vom letzten Jahr wiederholen.

Ebenso muss ich aber auch wiederholen, was die Beschlusslage angeht. Wenn Sie also den Bericht lesen, der die Bedeutung von Wettbewerben in Architektur und Städtebau einmal mehr hervorhebt, und dazu dann den Beschlussvorschlag der Baudeputation, wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir im Beschluss nicht ganz das halten, was der Bericht verspricht. Frau Krusche hat dies in Breite angesprochen.

Trotzdem finde ich, dass diese fachliche Diskussion, die wir geführt haben, und auch der Beschlussvorschlag, der Ihnen hier in der Drucksache vorliegt, deutlich machen, dass wir Wettbewerbe für wichtig halten. Ich würde das auch alles nicht so negativ sehen. Ich weiß, dass das Bauressort immer wieder Anstrengungen unternimmt, um auch private Investoren von der Bedeutung von Wettbewerben zu überzeugen. Das Stadtwerder-Gelände ist eines, das mir dazu einfällt, weil ich da gestern bei der Einwohnerversammlung gewesen bin.

Ich gebe Ihnen Recht, dass ich mir wünschen würde, dass man an der einen oder anderen Stelle etwas weiter gehen könnte, was die Verbindlichkeit angeht. Ansonsten möchte ich jetzt aber das Haus nicht weiter mit Beziehungsknatsch zwischen SPD und CDU langweilen. Ich glaube, das wird der Sache auch nicht gerecht. Wenn das der Sinn Ihres Antrags war, Frau Krusche, muss ich Sie enttäuschen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Warum und wieso sich die CDU nicht dazu durchringen konnte, Wettbewerb und Konkurrenz etwas verbindlicher zu fördern, ist mir noch nicht völlig erklärlich. Vielleicht bringt ja der Debattenbeitrag der CDU etwas Licht in das Dunkel.

Wettbewerbe sind natürlich nicht das Allheilmittel für eine verfehlte Baukultur. Herr Pflugradt, das haben Sie selbst vor eineinhalb Jahren, als wir darüber diskutiert haben, auch gesagt. Ich würde es interessant finden, wenn diese Einsicht in der CDU-Fraktion auch auf anderen Gebieten einmal greifen würde, dass Konkurrenz und Wettbewerb von sich aus allein die Probleme, die wir haben, nicht lösen.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, städtebauliche Kultur lässt sich nicht allein durch Wettbewerbe hervorbringen, aber sie sind doch ein wesentlicher Bestandteil. Schauen wir einmal weg von Bremen, schauen wir nach Finnland! Alle öffentlichen Gebäude gehen dort aus Wettbewerben hervor. In Finnland haben die Bürgerinnen und Bürger per Verfassung ein Recht auf eine lebenswerte Umwelt, und dort bedeutet Umwelt nicht nur Wald und Seen, das haben sie dort reichlich, sondern auch und gerade die gebaute Umwelt. Wenn man bedenkt, dass der größte Teil des Volksvermögens Gebäude sind, dann macht das einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist.

Im Zuge dieses Verfassungsauftrages hat die finnische Regierung 1998 ein nationales Programm für Architekturpolitik beschlossen. Dieses Programm zielt nicht nur auf die hohe Qualität der öffentlichen Bauwerke, sondern auch und gerade auf die Verantwortung jeder Bürgerin und jedes Bürgers für die angestrebte lebensgerechte Umwelt. Es gibt dort ein regelrechtes Programm des Bildungsministeriums zur Architekturbildung. Dort ist das Bestandteil des Lehrplans in den Schulen. Wenn ich mir manche unserer bauträgerfreien Wohngebiete oder die Gewerbegebiete, die immer bauträgerfrei sind, anschau, würde ich mir dieses Bewusstsein in der Bundesrepublik manchmal etwas mehr wünschen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zwar hat das bundesdeutsche Bauministerium auch eine Initiative für Baukultur aufgelegt, diese kommt aber leider auch etwas kurzatmig daher. Zumindest ist von einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit nicht viel zu merken.

Zurück nach Bremen! Es gibt ja auch positive Beispiele für herausragende Bauwerke ohne Wettbewerb, wenn ich an das Universum denke. Positiv finde ich auch die lange Liste, die hier in dem Bericht ist, was es alles an Wettbewerben gegeben hat. Zum Beispiel der Zentralbereich an der Uni-Mensa ist ein tolles Bauwerk, finde ich, und das ist auch mit einem Wettbewerb gemacht worden. Ich würde das nicht immer alles so negativ sehen, Frau Krusche. Natürlich kann man das alles noch viel besser machen, aber so weit sind wir vielleicht noch nicht!

Sie, Herr Pflugradt, haben vor eineinhalb Jahren auch Beispiele von Wettbewerben aufgeführt, bei denen das Ergebnis nicht dem entsprochen hat, was wir uns gewünscht haben. Ich denke da zum Beispiel an das leidige Thema Teerhof. Das liegt mitunter auch schlicht an der Auslobung. Man muss auch wissen, was man will. Man kann nicht nur sagen, ich will hier tolle Wettbewerbe haben, sondern man muss auch wissen, wie man dazu kommt, dass die Ergebnisse auch so umgesetzt werden, wie wir uns das wünschen.

Auch das Wettbewerbsverfahren zum Thema Hafenreviere hat leider nicht gerade dazu beigetragen, den Ruf Bremens als diesbezüglicher Verhandlungspartner zu festigen. Die Durchführung von Wettbewerben nimmt nämlich immer auch den Auslober oder die Ausloberin in die Pflicht. Es gibt auch Wettbewerbe, die gar nicht stattgefunden haben, zum Beispiel der zur Aufstockung des Siemens-Hochhauses. Es bleibt zu hoffen, dass

der Wettbewerb für das Contrescarpe-Center bald stattfinden wird.

Stattgefunden haben in den letzten Jahren auch viele kleinere Wettbewerbe. Man kann das in der Drucksache nachlesen. Ich will jetzt nur den Wettbewerb für Einfamilienhäuser am Achterdiek hervorheben. Es geht nämlich nicht nur, ich sagte das bereits, um große, herausragende Bauwerke, sondern auch um die vielen kleinen Sachen, die uns umgeben. Ich glaube, das erste Haus ist dort gerade fertig, und man kann es besichtigen. Oder den Wettbewerb der Gewoba zum Diedrich-Wilkens-Gelände in Hemelingen!

Auch in nächster Zeit steht noch die eine oder andere aktuelle Bauaufgabe an, mit der wir beweisen müssen, wie ernst wir es meinen mit hoher städtebaulicher Kultur und Architektur. Das Contrescarpe-Center habe ich schon angesprochen. Der Umbau der Stadthalle: Ich hoffe, die Kapazitätserweiterung führt nicht zu einer Zerstörung dieses insbesondere unter ingenieurtechnischen Gesichtspunkten bedeutsamen Bauwerkes. Die Bebauung des Rembertikreisels, wo mit Hilfe eines Planungsbeirats versucht wird, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen! Oder die Bebauung des Stadtwerkegeländes auf dem Stadtwerder, hier wird insbesondere interessant die architektonische Lösung von energiepolitischen Fragen, oder die Bebauung des letzten Teerhofdrittels, darüber haben wir neulich gesprochen!

Die SPD empfiehlt also der Bürgerschaft, wie in der vorliegenden Drucksache von der Baudeputation empfohlen zu beschließen. Den Antrag der Grünen lehnen wir ab, weil er erst einmal bis auf die beiden letzten beiden Punkte durch den vorliegenden Beschlussvorschlag erledigt ist, das steht darin. Frau Krusche, der Sinn von Überweisungen ist, dass man den Antrag in der Bau- oder in der Fachdeputation, im Fachausschuss berät, einen Beschlussvorschlag an die Bürgerschaft überweist und die Bürgerschaft dann das übernimmt, was die Fachdeputation vorschlägt.

Ich zitiere aus diesem Beschlussvorschlag: „Wettbewerbe sind auch weiterhin ein erforderliches Mittel und Instrument zur Förderung von Städtebau und Stadtbildgestaltung sowie zur Innovation beim Bauen und zur Entwicklung der Architektur.“ Das steht auch in Ihrem Antrag. Dies ist noch der kleinste gemeinsame Nenner, und ich hoffe, dass das nicht der Endpunkt der Diskussion ist, sondern ein erster gemeinsamer Schritt. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, wenn man Sie so hat reden hören, dann hat man fast den Eindruck, als gäbe es da ein riesiges Problem zwischen den Sozialdemokraten und der CDU in dieser Frage. Ich glaube, das ist nicht der Fall.

Ich glaube, Sie haben ja von spannender Architektur gesprochen, dass die Schnittstelle, ob spannende Architektur zustande kommt, nicht eine Frage ist, ob man Wettbewerbe macht. Auch das Ergebnis der Anhörung, die wir durchgeführt haben, hat doch gezeigt, wie man zum Beispiel Wettbewerbe organisiert. Offene Wettbewerbe, europaweit ausgeschrieben, führen doch häufig zu einem hohen zeitlichen, organisatorischen Aufwand, und die Ergebnisse, so wie Sie es dargestellt haben, sind auch nicht so, dass man unisono sagen kann - ich kann das nur noch einmal wiederholen, was ich schon vor eineinhalb Jahren gesagt habe -, dass die Ergebnisse aller Wettbewerbe wunderbar geworden sind. Das ist doch nicht wahr!

Deswegen muss man sehr genau hinschauen, wo man Wettbewerbe macht und wie man sie macht. Das war auch das Ergebnis der Anhörung, die wir durchgeführt haben. Da hat keiner unisono davon geredet, nur Wettbewerbe, und dann ist alles wunderbar, und dann haben wir eine wunderbare Architektur.

Ich will eben noch zwei Beispiele nennen, eines haben Sie selbst genannt, die Reichstagskuppel ist meines Wissens im Übrigen ohne Wettbewerb gekommen. Das ist spannende Architektur, aber ohne Wettbewerb.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Für den Reichstagsumbau gab es einen Wettbewerb!)

Der Reichstagsumbau, aber nicht die Kuppel, die ist nachgebessert worden!

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ich bin sogar sicher, die Grünen waren dagegen!)

Dann wurde eben Achterdiek genannt. Da hat es einen Wettbewerb gegeben, das ist völlig richtig. Nur, Frau Kollegin, das erste Haus, das da errichtet worden ist, ist nicht das Ergebnis eines Wettbewerbs, weil das, was beim Wettbewerb herausgekommen ist, leider nicht nachgefragt wird, weil das von den Nutzern nicht akzeptiert wird, weil sie das nicht für realisierungsfähig halten. Es ist leider so!

Insofern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, deswegen haben wir gesagt, Wettbewerbe okay, aber bitte, wenn wir welche machen, genau

hinschauen! Es ist hier auch schon gesagt worden, es kommt sehr darauf an, dass, wenn man Wettbewerbe macht, der Auslober auch sehr genau weiß, was er denn haben will. Er soll nicht das Ergebnis vorschreiben, das ist klar, aber in welche Richtung das Ergebnis gehen soll. Das war ja auch schon häufig ein Problem, deswegen sind ja manche Wettbewerbe auch nicht so gelaufen, wie sie gewesen sind.

Dann kommt es natürlich auch darauf an, wen man anspricht, und auch auf die Auswahl des Preisgerichts. Also, es gibt verschiedene Dinge, die bei dieser Frage zu beachten sind, und da muss man sehr differenziert herangehen. Deswegen ist, glaube ich, der Beschlussvorschlag der Baudeputation sinnvoll, der sich vom Prinzip her auch für Wettbewerbe ausspricht. Das steht ausdrücklich in unserem Beschlussvorschlag. Das ist bei Ihnen so untergegangen, Frau Krusche. Ich glaube, das sollten Sie noch einmal positiv erwähnen. Über die Frage der Details haben wir uns dann jeweils von Fall zu Fall zu unterhalten. Deswegen, glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir hier in der Bürgerschaft nicht ins Detail gehen, sondern dann in den entsprechenden Fachgremien. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin und mein Vorredner sind nun auf diese entscheidenden Punkte, die mir wichtig sind, überhaupt nicht eingegangen. Es ist so, dass das Bauressort einen Vorschlag gemacht hat und dass dieser Vorschlag der Bausenatorin letztendlich aufgrund von Meinungsdivergenzen von der großen Koalition abgelehnt wurde. Das ist der Fakt gewesen, und das ist doch der Punkt, Herr Kollege Pflugradt, über den ich mich jetzt hier empöre. Der Rest ist nichts als Wortgeklingel, dass die Stadt schon immer für mehr Wettbewerbe und so weiter war. Diese entscheidenden Punkte lese ich Ihnen noch einmal vor, damit Sie noch einmal einen Augenblick darüber nachdenken, warum Sie vielleicht dagegen waren. Diese Punkte, die jetzt in unserem Antrag stehen und die Sie aus diesem Beschlussvorschlag herausgenommen haben, lauten:

„Der Senat wird aufgefordert, die Durchführung von Architekturwettbewerben in Grundstücksver-

trägen und in Förderungs- beziehungsweise Zuwendungsbescheiden verbindlich aufzunehmen, sofern die Projekte bedeutend für die städtebauliche Entwicklung, die Stadtbildgestaltung beziehungsweise den Standort Bremen sind, und die Durchführung von Architekturwettbewerben auch für städtische Gesellschaften und bauende Ressorts verbindlich zu regeln.“

(Abg. Pflugradt [CDU]: Können Sie auch bitte vorlesen, was wir beschließen wollen?)

Das haben Sie nun schon gesagt!

Das ist der entscheidende Punkt, und dazu haben Sie nichts gesagt, Kollege Pflugradt! Unser Anliegen muss doch sein, dies mit Investoren, die hier, ich nenne hier nur einmal den Bahnhofsvorplatz, Interesse haben, ein bestimmtes Grundstück der Stadt zu erwerben, zu vereinbaren. Niemand wird bestreiten wollen, dass sowohl der Teerhof als auch der Bahnhofsvorplatz ein wichtiges städtebauliches Grundstück ist und dass es für die Akzeptanz oder auch für das Aussehen der Stadt an diesen Orten ganz entscheidend darauf ankommt, was dort wie gebaut wird, und dass man nicht bei solchen städtebaulich wichtigen Grundstücken nur sagen kann, hier ist ein Investor, der sagt, das Grundstück möchte ich gern kaufen, meinen Architekten bringe ich gleich mit, und ob dieser eine Architekt nun gut oder weniger gut ist, das ist dann dem Zufall oder dem Investor überlassen. Das ist der Ansatz dieser beiden letzten Punkte, die sie hinausgekickt haben, dies städtebaulich verbindlich zu regeln.

Solange man dies nicht macht, besteht eben die Gefahr, dass die Stadt wertvolle Grundstücke Investoren überlässt, ohne ihren städtebaulichen Einfluss geltend zu machen. Dies war der Sinn unseres heutigen Dringlichkeitsantrags, weil wir glauben, dass es nicht ausreicht, nur zu sagen, Wettbewerbe sind gut und erhöhen die Stadtqualität, sondern tatsächlich auch die zugehörigen Instrumente zu nennen. Diese Instrumente, das haben Sie noch einmal ganz deutlich gesagt, wollen Sie nicht. Das heißt eben, es wird auch in Zukunft nicht die Stadt das Sagen haben, sondern die Investoren werden bestimmen können, wie hier was gebaut wird. Ich glaube, dass eine Stadt wie Bremen hier in der Verantwortung steht, ihren Einfluss darauf nicht zu verlieren. - Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht noch einmal grundsätzlich etwas sagen! Ich denke, dass für die Ausstrahlungskraft einer Stadt nach außen wie nach innen, für ihre Attraktivität und Identität, das heißt ihre Unverwechselbarkeit, die Qualität ihres Städtebaus, ihrer Architektur nicht der alleinige, aber ein ganz entscheidender Faktor ist. Dabei geht es nicht um starres Beharren auf dem Bewährten, was man schon immer hatte, aber auch nicht um das Aufspringen auf jeden Trend, auf jede Strömung des Zeitgeistes, die gerade vorherrscht.

Für mich heißt das vielmehr, dass wir mit einem hohen Maß an Kreativität die zu Bremen, zu seinem Charakter, zu seiner Funktion, zu seiner Größe passenden eigenen Lösungen entwickeln müssen. Kreativität ist aus meiner Sicht in besonderer Weise mit dem Instrument der Architektenwettbewerbe zu erreichen und wird auf diese Weise freigesetzt. Neben der Frage der von mir angesprochenen Unverwechselbarkeit geht es dabei auch, Frau Krusche hat es angesprochen, um Innovation, um Qualität, darüber hinaus aber auch sicherlich um öffentliche Debatte, insbesondere in den Bereichen, die städtebaulich interessante Plätze und Ecken unserer Stadt sind, um eine öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung und um den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Insofern halte ich nach wie vor die Ausrichtung von Wettbewerben für ein ganz zentrales Instrument, um die vorgenannten Ziele zu erreichen, was nicht, Herr Pflugradt, heißt, dass man auf diese Art und Weise nicht auch einmal bei Entscheidungen anderer Meinung sein kann und zu der Architektur, die möglicherweise den ersten Platz einnimmt, auch andere Auffassungen haben kann. Aber das ist genau das, was ich unter Dialog an einem solchen Punkt verstehe.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir können, auch das sollte man hier ruhig sagen, durchaus ein Resümee ziehen, das auf eine erfolgreiche Arbeit in den letzten zehn Jahren hinweist. Es ist durch Ihren Antrag so ein bisschen der Eindruck entstanden, als habe es in den letzten Jahren keine erfolgreichen Wettbewerbe hier in Bremen gegeben. Die anhängende Liste macht deutlich, dass in den letzten zehn Jahren doch ein Erhebliches an Wettbewerben durchgeführt wurde und wir insofern, wenn man es in Größenverhältnisse setzt, uns nicht hinter anderen Städten verstecken müssen. Wir haben, denke ich, dort einiges vorzuweisen, nicht zuletzt, wir haben es Ihnen auch mitgeteilt, wird es an dem Architekturführer deutlich, in dem man sieht, was alles aus Wettbewerben entstanden ist.

Trotzdem, auch das muss gesagt werden, gilt, dass es zunehmend schwieriger wird, Wettbewerbe, was sowohl private als auch öffentliche Vorhaben angeht, durchzusetzen. Insofern bin ich sehr dankbar, dass dieses Thema hier wiederholt in der Bürgerschaft angesprochen wird, denn es verdient, glaube ich, doch im Interesse zukünftiger Baukultur eine erhöhte Aufmerksamkeit und auch Unterstützung.

Wenn man die verschiedenen Partner und Akteure, die auf diesem Feld insbesondere als Bauherren tätig sind, zu dem Thema befragt - und die Anhörung der Deputation hat dies ja aus meiner Sicht bestätigt -, dann erhält man zunächst ein grundsätzliches Ja. Das war meine Erfahrung bei den vielen Gesprächen. Wettbewerbe: Ja, im Prinzip ist das gut! Dann folgt relativ schnell das Aber. Dabei spielen eine Reihe von Faktoren, die uns ja auch vorgetragen worden sind, eine Rolle.

Es ist der Zeitfaktor, der geltend gemacht wird, dass also eine solche Ausführung von Wettbewerben dann sehr viel Zeit kostet und nicht zügig geht. Es werden organisatorische und wirtschaftliche Aspekte benannt, ein insgesamt höherer Aufwand. Es gibt Vorbehalte ob der vermeintlichen Verteuerung durch Wettbewerbe an dem Bauprojekt selbst, dass es also teurer würde. Es ist auch angesprochen worden, Herr Pflugradt hat das eben angedeutet, dass es überraschende Ergebnisse gibt, dass es also möglicherweise Ergebnisse gibt, die zunächst einmal nicht der eigenen Vorstellungskraft entsprochen haben.

Hinzu kommt, das ist eben auch schon gesagt worden, wir können natürlich in unserer Stadt feststellen, dass immer weniger Projekte durch die öffentliche Hand selbst gebaut, sondern an Investoren gegeben werden, die, was ja auch aus Sicht der Investoren legitim ist, dort in besonderer Weise ihre eigenen Interessen realisiert sehen wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns mit diesen Fragen, glaube ich, im Rahmen des Hearings, aber auch in der Deputation auseinander gesetzt. Ich meine, Herr Pflugradt, es ist doch deutlich geworden, dass wir in stärkerem Maße versuchen müssen, auch deutlich zu machen, dass Wettbewerbe eine Bereicherung sind, eine Bereicherung nicht nur im Sinne der Baukultur, sondern auch unter anderen Gesichtspunkten wie Wirtschaftlichkeit, denn dem Vorwurf, dass ein Bauvorhaben zwangsläufig teurer würde, wenn ein Wettbewerb durchgeführt worden ist, ist ja, denke ich, auch im Hearing widersprochen worden.

Baden-Württemberg hat eine Untersuchung gemacht, die auch zeigt, dass es keine Zwangsläufigkeit ist, sondern etwas damit zu tun hat, wie

Wettbewerbe vorbereitet worden sind. Gut vorbereitete Wettbewerbe helfen Vorbehalte abzubauen, die immer wieder vorhanden sind. Gut vorbereitet bedeutet sowohl in wirtschaftlich vernünftiger als auch in funktionaler, gestalterischer und qualitativer Hinsicht gut vorbereitet, so dass diejenigen, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen, auch den Rahmen kennen, in dem sie arbeiten sollen.

Darüber hinaus ist es ja so, dass der Rahmen, den die GRW 95 bietet, auch das ist bei dem Hearing und auch in unserer Erörterung in der Deputation deutlich geworden, ja durchaus geeignet ist, unterschiedliche Verfahren zu machen. Wer sagt, ich möchte keine europaweite Ausschreibung eines Wettbewerbs machen, kann es in einem zweistufigen Verfahren sehr viel adäquater machen. Es gibt also unterschiedliche Möglichkeiten im Rahmen der GRW 95, und im Übrigen haben wir ja auch verabredet, dass wir insbesondere da, wo die Probleme für private Bauherren sind, gemeinsam mit der Architektenkammer darüber nachdenken sollten, ob wir entsprechende Regelungen, wie sie für Niedersachsen von der Architektenkammer gemacht worden sind, auch hier erarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich glaube also, dass es nach wie vor wichtig ist, dass wir diesen Punkt, nämlich mehr Wettbewerb in der Stadt zu haben, unterstützen müssen. Insofern begrüße ich ausdrücklich das Beratungsergebnis und auch die Beschlussempfehlung der Deputation mit dem ausdrücklichen Verweis auf die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand in diesem Bereich, auch wenn ich einen anderen Beschlussvorschlag vorbereitet habe, den ich für zielführend gehalten habe.

Ich denke, diese Vorbildfunktion der öffentlichen Hand muss gemeinsames Anliegen insbesondere all derer - nicht nur des Bauressorts - sein, die öffentliche Mittel einsetzen im Interesse einer Stadt, die nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, sondern in allen Bereichen eine Zukunftsfähigkeit erreichen will. Für eine solche Zukunftsfähigkeit in unserer Stadt, glaube ich, sind Wettbewerbe ein ganz wichtiges Instrument. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/137 S abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/376 S abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht der städtischen Deputation für Bau Kenntnis.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Entschuldigung, aber da ist noch ein Beschlussvorschlag daran!)

Nein!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Doch, da steht ein Beschlussvorschlag in der Vorlage! - Unruhe)

Es ist gewünscht, dass die Stadtbürgerschaft den Beschluss - eigentlich ungewöhnlich - der Deputation auf der letzten Seite dieser gelben Vorlage beschließt.

(Heiterkeit)

Wenn die Stadtbürgerschaft das so möchte, dann lasse ich darüber abstimmen.

Wer diesem Beschlussvorschlag der Deputation für Bau mit der Drucksachen-Nummer 15/372 S vom 9. Oktober 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 34 vom 16. Oktober 2001
(Drucksache 15/373 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen. Wir waren sehr fleißig.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.08 Uhr)